

FRAGEN AN DEN VORSITZENDEN DER KPD. E. AUST

OO

- 1) STALIN WARTE 1952 DAVOR, DASS DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS SICH GEGEN DIE USA ERHEBT UND EIN SELBSTÄNDIGER KRIEGSHERD WIRD. IST DIESE WARNUNG STALINS RICHTIG ODER FALSCH ?

Gehen wir zu den hauptsächlich besiegten Ländern über, zu (West-)Deutschland und Japan. Diese Länder fristen jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein. Ihre Industrie und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise sind durch das amerikanische Besatzungs„regime“ gefesselt. Aber diese Länder waren doch gestern noch imperialistische Großmächte, die die Grundlagen der Herrschaft Englands, der USA und Frankreichs in Europa und in Asien erschütterten. Wollte man annehmen, diese Länder würden nicht versuchen, wieder auf die Beine zu kommen, das „Regime“ der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbständigen Entwicklung vorzudringen — so hieße das, an Wunder glauben.

(J.W.Stalin "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", S.39, Peking 1972)

- 2) WELCHE AKTUELLE POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNG MÜSSEN KOMMUNISTEN AUS DER VORHERSAGE STALINS ZIEHEN ?
- 3) DIE KPD POLEMISIERT IN DER LETZTEN ZEIT GEGEN DIE THESE STALINS , DASS ES SOZIALFASCHISMUS GIBT. DER VORSITZENDE DER DKP, H. MIES WURDE VON E. AUST AUSDRÜCKLICH ALS "GENOSSE" BEZEICHNET . (RM 41/80, S.3) BETRACHTET DIE KPD ETWA DIE SOZIALIMPERIALISTISCHE AGRESSION GEGEN AFGAHNISTAN UND DIE ZIG TAUSEND MORDTATEN DER RUSSISCHEN TRUPPEN (MIT UNTERSTÜTZUNG DER DDR, DER DKP UND ANDERER REVISIONISTISCHER PARTEIEN) N I C H ALS S O Z I A L F A S C H I S T I S C H ?
- 4) STEHT HIERMIT IM ZUSAMMENHANG ,DASS DIE KPD NICHT DIE ZENTRALE DEMONSTRATION DER GUAFS (GENERALUNION DER AFGAHNISCHEN STUDENTEN) AM 27.12.1980 UNTERSTÜTZT HAT ? ODER WELCHE GRÜNDE GIBT ES DAFÜR ?
- 5) HÄLT ES DER VORSITZENDE DER KPD FÜR RICHTIG, DASS SICH FORTSCHRITTLICH GEBENDE ZEITSCHRIFTEN SICH VON GELDERN DER DKP UND DER SPD FINANZIEREN LASSEN ? (ETWA ANZEIGEN DER DKP-ZEITUNG "DEUTSCHE VOLKSZEITUNG" UND DER SPD-ZEITUNG "VORWÄRTS" IN DER VON DER KPD PROPAGIERTEN ZEITSCHRIFT "LINKSKURVE" (NR 1/80, BEIL. UND NR. 3/80 S. 57)

Die KPD/ML über Reaktion und Faschismus:

1.) E. Aust, Vorsitzender der KPD/ML, über Strauß und faschistische Gruppen:



Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, während seiner Rede auf der Veranstaltung in Kiel „Droht ein neuer Weltkrieg?“

... Da gibt es z. B. einige kleinere nationalistisch beeinflusste Gruppen, die von sich behaupten, auch gegen die zwei Su-

permächte zu sein. Können wir denn auch mit denen ...? Natürlich können wir!

Denn im Gegensatz zu den anderen Herren, die Peking besuchten, im Gegensatz zu den Exponenten der SPD/FDP, hat Strauß in China klipp und klar sich gegen das Vormachtstreben der zwei Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gewandt, ist er gegen die Entspannungsdemagogie und für eine Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der westeuropäischen Staaten gegen den Sozialimperialismus eingetreten. ...

... Man möchte sich nicht gern in die „rechte Ecke“ drängen lassen, man scheut sich, mit Reaktionären wie Strauß auf eine Stufe gestellt zu werden. Dabei ist das absoluter Unsinn. Indem wir diesen oder jenen positiven Aspekt in der Politik einer Regierung oder einer Persönlichkeit des politischen Lebens anerkennen, heißt das noch lange nicht, daß wir ihre Politik insgesamt unterstützen oder etwa unseren Klassenstandpunkt aufgeben.

ROTER MORGEN

Nr. 14 vom 5. April 1975

2.) E. Aust, Vorsitzender der KPD/ML, über antiimperialistische Solidarität:

Gab es bisher den Fehler, daß die Genossen der Parteizellen für zu viele Aufgaben außerhalb ihres Zellenbereiches herangezogen wurden, daß sie beispielsweise zu Dauerdemonstranten für die Befreiungskämpfe, gegen die politischen Verfolgungen im Iran, Oman, Türkei, Spanien usw. wurden, so ist dieser Fehler inzwischen weitgehend überwunden.

III. Parteitag der KPD/ML
1976, S. 116

3.) E. Aust, Vorsitzender der KPD/ML, über deutsche Soldaten im 2. Weltkrieg:

“... all diese jungen deutschen Soldaten, die da so opferbereit, tapfer und mutig auf den Schlachtfeldern von Langemark, Verdun und den Vogesen, unter der brennenden Sonne Afrikas, in den schneebedeckten Weiten Rußlands...kämpften...”
(Rote Garde Sondernummer, Rede des 1. Vorsitzenden der KPD/ML auf dem Jugendkongreß im August 1975, S.3)

4.) Aus dem Lebenslauf von E. Aust, Vorsitzender der KPD/ML:

aus: Weg der Partei
2/74, S. 115

Da „nordisch“, will man ihn zur Waffen-SS anheuern. Musterung in SS-Kaserne in Hamburg-Langenhorn. Ernst baut vor und meldet sich 1941 zu den Fallschirmjägern. Dadurch erhält er ein halbes Jahr Lehrzeit geschenkt.

Verantwortlich für den Inhalt: E. Aust, Hamburg. Zusammenstellung:
Redaktion von „Gegen die Strömung“ / V.i.S.d.P.: W. Hoffmann, 6 Ffm,
Homburger Landstrasse 52

WEDER REVOLUTIONÄR NOCH DEMOKRATISCH - DER FRIEDENSPLAN DER KPD: EIN PLAN FÜR DIE GROSSMACHTPOLITIK DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!

Dem deutschen Volk droht Gefahr. Die Kriegsgefahr wächst. Ähnlich wie in der Zeit vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg verschärfen sich die Widersprüche der Großmächte, der Militärblöcke untereinander. In Ihrem Streben nach hohen und höchsten Profiten: nach Rohstoffquellen, Absatzmärkten, billigen Arbeitskräften, Einflußsphären und Weltherrschaft geraten vor allem die zwei Supermächte, die Sowjetunion und die USA, aneinander. Zunehmend gewinnen Scharfmacher in Ost und West Einfluß auf ihre Regierungen, bestimmen erobersüchtige Machtpolitiker die Geschicke der Völker.

Vor allem im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in anderen Weltgegenden spitzen sich die Widersprüche zwischen den Supermächten zu, wächst die Gefahr der offenen Konfrontation, des Ausbruchs

eines Krieges, der sich sehr schnell zu einem Weltkrieg ausweiten könnte — dem dritten Weltkrieg, dessen zentrales Schlachtfeld zweifellos Deutschland würde. Ein solcher, mit den modernsten Massenvernichtungswaffen geführter Krieg würde mit Sicherheit die weitgehendste Zerstörung Deutschlands und -zig Millionen Tote bedeuten. Dies aber kann morgen schon sein.

In tiefer Sorge um die Zukunft Deutschlands, des deutschen Volkes und die Erhaltung des Friedens wendet sich deshalb die Kommunistische Partei Deutschlands, ihre Sektion Deutsche Bundesrepublik, an die Regierungen beider deutscher Staaten und den Senat von Westberlin mit dem Vorschlag:

FRIEDENSPLAN DER KPD

Maßnahmen zur Entspannung und Sicherung des Friedens in Mitteleuropa

Beide deutsche Regierungen, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, mögen unverzüglich, unabhängig voneinander beschließen:

Die Regierung der BRD für die Bundesrepublik Deutschland:

- Den Abzug aller Fremden Truppen von bundesdeutschem Boden.
- Den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und EG.
- Die Kündigung aller diesbezüglichen, bzw. die Souveränität der Bundesrepublik einschränkenden Verträge (Pariser Verträge, Deutschlandvertrag, Vertrag zur Gründung der EWG etc.)
- Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland.
- Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden.
- Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung.
- Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein bundesdeutscher Truppen im Ausland.
- Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, sendung von Militärberatern in andere Staaten.

Die Regierung der DDR für die Deutsche Demokratische Republik:

- Den Abzug aller Fremden Truppen von DDR-Boden.
- Die Kündigung aller diesbezüglichen, bzw. die Souveränität der DDR einschränkenden Verträge (Pariser Verträge, Deutschlandvertrag, Vertrag zur Gründung der EWG etc.)
- Erklärung der Neutralität der DDR.
- Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von DDR-Boden.
- Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung.
- Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz von Truppen der DDR im Ausland.
- Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.

Der Senat von West-Berlin möge zusammen mit den Regierungen beider deutscher Staaten folgende Berlin-Regelung beschließen:

- Die Aufhebung aller alliierten Hoheitsrechte für Berlin.
- Den Abzug aller fremden Truppen vom Boden Berlins.
- Die Kündigung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin.
- West-Berlin erhält den Status einer Freien-Stadt-West-Berlin, das heißt u.a.:
 - West-Berlin wird Sitz aller zu errichtenden gesamtdeutschen Gremien und Behörden.
 - Seine Wirtschafts- und Nahrungsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (Sitz diverser Behörden) bleiben erhalten.
 - es erhält verfassungsrechtliche und politische Selbstständigkeit und nimmt gleiche Beziehungen zu beiden deutschen Staaten auf.
- Beide deutschen Staaten garantieren den unabhängigen, selbständigen Status der Freien-Stadt-West-Berlin.

Maßnahmen zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen

Beide deutsche Regierungen mögen umgehend Verhandlungen miteinander aufnehmen, um zu erreichen:

- Die volle, uneingeschränkte gegenseitige staatliche Anerkennung.
- Den Abschluß eines Freundschafts- und Nicht-Paktes zwischen beiden deutschen Staaten.
- Den gemeinsamen Abschluß gleicher Verträge mit Nachbarstaaten.
- Die Bildung einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten und die Schaffung eines paritätisch besetzten Grenz-Ausschusses mit folgenden Aufgaben:
 - Vereinbarungen über die Grenzüberwachung und -kontrolle.
 - Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.
 - Festlegung gemeinsamer Zoll- und Währungsmaßnahmen.
 - Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses zur Lösung der Fragen, die einem weiteren Ausbau der innerdeutschen Beziehungen entgegenwirken.

Maßnahmen zum Friedensplan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion Deutsche Bundesrepublik):

Warum legt die KPD ihren Friedensplan beiden deutschen Regierungen und dem Senat von West-Berlin vor?

Weil sie die einzige deutsche Partei ist, die sowohl in der Bundesrepublik, der DDR als auch in Westberlin existiert. Sie legt ihn den Regierungen und dem Senat von West-Berlin vor, um die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und West-Berlin in der Hoffnung vor, die friedliebenden, verantwortungsbewußten, demokratischen Kräfte unseres Volkes gegen jene zu stärken, die bereit sind, aus Profit- und Herrschaftsinteressen, den Supermächten zuliebe, das deutsche Volk auf die Schlachtbank eines dritten Weltkrieges zu führen. Sie tut dies, um zu verhindern, daß morgen schon Deutsche auf Deutsche schießen. Wobei sie weiß, daß nur eine breite Volksbewegung den notwendigen Druck ausüben und erreichen kann, wenigstens die Hauptpunkte vorliegenden Planes zu erfüllen: den Austritt aus der NATO, die Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland, die erst die Chance dafür bieten, daß wir das Jahr 2000 in einem zerstörten Deutschland bzw. überhaupt noch erleben.

Aber gibt uns der Austritt aus der NATO, die Abkopplung von den USA nicht schutzlos dem Angriff aus dem Osten preis? Müßen wir nicht gerade verstärkt — wie zum Beispiel durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf bundesdeutschem Boden — aufrufen, um einen Gegner von einem Angriff abzuschrecken?

Nein! Niemand hat eine Aufrüstung selbst nicht mit den modernsten Waffen, einen Krieg verhindern können.

und sie kann ihn auch heute nicht verhindern. Man baut Kanonen, Raketen ja nicht, Fortsetzung auf Seite 5

Erläuterungen zum Friedensplan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion Deutsche Bundesrepublik):

Fortsetzung von Seite 4

um sie ins Museum zu stellen. Ist der Krieg aber erst einmal ausgebrochen, dann erweisen sich die Raketen als Magneten. Das heißt, sie rufen unweigerlich — wenn nicht gar einen Präventivschlag — so doch einen Gegenschlag hervor. Das ist es ja gerade, warum sich die USA so sehr für die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen, die jeden Punkt der europäischen Sowjetunion erreichen können, in Westeuropa, vor allem der Bundesrepublik einsetzen

Wird eine neutrale Bundesunion, der Warschauer Pakt würde die NATO...

Osterreich ist jahrelang neutral geblieben, wurde zur Schaffung einer neutralen Zone durch Mitteleuropa, angefangen von Griechenland über Albanien, Jugoslawien, Österreich, die Schweiz bis Schweden und der NATO, die Blöcke beitragen. Die deutsche Regierung, die sich gegen die Idee der Neutralität wendet, zeigt nur, daß sie bereit ist, der unheimlichen Tradition des deutschen Militarismus zu folgen.

So weit her mit der Hilfe der USA war es nicht. Das, was sie durch den Marshall-Plan gaben, holten sie später doppelt und dreifach wieder herein. Der Aufbau unserer Heimat aus den Trümmern des letzten Krieges war eine Leistung, die das deutsche Volk in Ost und West selbst vollbracht. Spätestens aber seit ihrem blutigen Überfall auf den Libanon, Santo Domingo und vor allem ihrem Vernichtungskrieg gegen Vietnam haben die Vereinigten Staaten jegliches Recht auf Solidarität, Hilfe und Bündnistreue verloren. Ein Krieg zwischen den Super-

Wir unseren Bündnistreue? Haben sie sich Wideraufbau geföhnt?

So weit her mit der Hilfe der USA war es nicht. Das, was sie durch den Marshall-Plan gaben, holten sie später doppelt und dreifach wieder herein. Der Aufbau unserer Heimat aus den Trümmern des letzten Krieges war eine Leistung, die das deutsche Volk in Ost und West selbst vollbracht. Spätestens aber seit ihrem blutigen Überfall auf den Libanon, Santo Domingo und vor allem ihrem Vernichtungskrieg gegen Vietnam haben die Vereinigten Staaten jegliches Recht auf Solidarität, Hilfe und Bündnistreue verloren. Ein Krieg zwischen den Super-

Wer garantiert uns, daß wir trotz Neutralität nicht doch in einen Krieg hineingezogen werden? Und was gegen die Supermächte, die USA und die Sowjetunion ein neutrales Deutschland, werden sie es ändern?

Niemand kann uns hundertprozentig garantieren, daß wir trotz Neutralität nicht doch in einen Krieg hineingezogen werden. Deshalb sind Schutzmaßnahmen wie z.B. der Bau atomarer Bunker für die Bevölkerung auch absolut notwendig. Doch ist zur Zeit durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO diese Gefahr absolut, während sie durch unsere Neutralität auf ein Minimum reduziert wäre. Hinzu kommt,

Was aber geschieht, wenn ihr einer der beiden deutschen Völker erklärt, würde das nicht der anderen Seite ein Vorteil sein?

Nein, welchen? Es würde, falls sie aggressive Absichten hegt, diese ganz wesentlich erschweren. Stünde doch jemand, der in ein neutrales Land eintritt, in einer Weltöffentlichkeit als Aggressor dar.

Schon die Neutralität der Bundesrepublik wäre ein großer Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens. Deshalb kann die Neutralisierung des deutschen Staates — sein Austritt aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt auch nicht von der gleichen Leistung des anderen deutschen Staates abhängig gemacht werden. Um dennoch einen Weltöffentlichkeit ein gemeinsames Handeln zu erreichen schlägt die Kommunistische Partei Deutschlands die umgehende Verhandlungsaufnahme beider deutscher Regierungen vor. Die Bildung einer Konföderation eines

Die Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion Deutsche Bundesrepublik) wendet sich an alle westdeutschen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen und bittet sie um ihre Unterstützung bei der Durchsetzung vorliegenden „Friedensplanes“. Sie appelliert an die Bevölkerung der Bundesrepublik, den Kampf aufzunehmen für seine Verwirklichung, denn es geht nicht nur um die Zukunft des deutschen Volkes, das Leben und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde, ob Deutschland am Ende dieses Jahrhunderts noch bewohnbar ist, es geht um den Frieden der Welt!

Sie möchten solange wie möglich ihr eigenes Land aus den Auswirkungen eines Weltkrieges heraushalten und einen atomaren Schlag oder Gegenschlag der Sowjetunion von sich ab und auf Westeuropa, vor allem der Bundesrepublik lenken und der Schutz, den die NATO der Bundesrepublik bietet, ist die Sicherheit, für die Interessen der USA sterben zu dürfen. Sollte es zu einem Krieg zwischen den NATO- und Warschauer Pakt, die weitgehendste Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland

den Angriff von Westberlin?

würde zur Schaffung einer neutralen Zone durch Mitteleuropa, angefangen von Griechenland über Albanien, Jugoslawien, Österreich, die Schweiz bis Schweden und der NATO, die Blöcke beitragen. Die deutsche Regierung, die sich gegen die Idee der Neutralität wendet, zeigt nur, daß sie bereit ist, der unheimlichen Tradition des deutschen Militarismus zu folgen.

So weit her mit der Hilfe der USA war es nicht. Das, was sie durch den Marshall-Plan gaben, holten sie später doppelt und dreifach wieder herein. Der Aufbau unserer Heimat aus den Trümmern des letzten Krieges war eine Leistung, die das deutsche Volk in Ost und West selbst vollbracht. Spätestens aber seit ihrem blutigen Überfall auf den Libanon, Santo Domingo und vor allem ihrem Vernichtungskrieg gegen Vietnam haben die Vereinigten Staaten jegliches Recht auf Solidarität, Hilfe und Bündnistreue verloren. Ein Krieg zwischen den Super-

Wir unseren Bündnistreue? Haben sie sich Wideraufbau geföhnt?

Wer garantiert uns, daß wir trotz Neutralität nicht doch in einen Krieg hineingezogen werden? Und was gegen die Supermächte, die USA und die Sowjetunion ein neutrales Deutschland, werden sie es ändern?

Niemand kann uns hundertprozentig garantieren, daß wir trotz Neutralität nicht doch in einen Krieg hineingezogen werden. Deshalb sind Schutzmaßnahmen wie z.B. der Bau atomarer Bunker für die Bevölkerung auch absolut notwendig. Doch ist zur Zeit durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO diese Gefahr absolut, während sie durch unsere Neutralität auf ein Minimum reduziert wäre. Hinzu kommt,

Was aber geschieht, wenn ihr einer der beiden deutschen Völker erklärt, würde das nicht der anderen Seite ein Vorteil sein?

Nein, welchen? Es würde, falls sie aggressive Absichten hegt, diese ganz wesentlich erschweren. Stünde doch jemand, der in ein neutrales Land eintritt, in einer Weltöffentlichkeit als Aggressor dar.

Schon die Neutralität der Bundesrepublik wäre ein großer Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens. Deshalb kann die Neutralisierung des deutschen Staates — sein Austritt aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt auch nicht von der gleichen Leistung des anderen deutschen Staates abhängig gemacht werden. Um dennoch einen Weltöffentlichkeit ein gemeinsames Handeln zu erreichen schlägt die Kommunistische Partei Deutschlands die umgehende Verhandlungsaufnahme beider deutscher Regierungen vor. Die Bildung einer Konföderation eines

Die Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion Deutsche Bundesrepublik) wendet sich an alle westdeutschen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen und bittet sie um ihre Unterstützung bei der Durchsetzung vorliegenden „Friedensplanes“. Sie appelliert an die Bevölkerung der Bundesrepublik, den Kampf aufzunehmen für seine Verwirklichung, denn es geht nicht nur um die Zukunft des deutschen Volkes, das Leben und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde, ob Deutschland am Ende dieses Jahrhunderts noch bewohnbar ist, es geht um den Frieden der Welt!

"DEUTSCHLAND DARF KEIN SCHLACHTFELD WERDEN" - so beginnt nicht zufällig der "Rote Morgen" Zentralorgan der KPD der Artikel über den "Friedensplan"!

KEINE sozialistische Revolution...KEIN Bürgerkrieg.... KEINE Abrechnung mit den blutbesudelten deutschen Imperialisten! Sondern alles tun,

"um zu verhindern, daß morgen schon Deutsche auf Deutsche schießen." (KPD)

Die KPD -- der es zudem von vornherein, wie der ganze Friedensplan zeigt gar nicht um den Kampf gegen die eigenständigen Kriegspläne des westdeutschen Imperialismus geht -- erklärt ganz offen, daß für sie die sozialistische Revolution überhaupt

DER "FRIEDENSPLAN DER KPD" UNTERSTÜTZT IN WIRKLICHKEIT DEN WEST-DEUTSCHEN IMPERIALISMUS, DER ZUNEHMEND GEGEN DEN USA-IMPERIALISMUS SEINE IMPERIALISTISCHE GROSSMACHTPOLITIK VERFOLGT.

Faktilisiert aus Roter Morgen 31/80

gar keine reale Alternative , ja nicht einmal eine "d e n k b a r e " Alternative ist :

"Der von unserer Partei vorgelegte Friedensplan ist die einzigste denkbare Alternative zu der Politik des Schwimmens im Kielwasser der Hauptkriegstreiber..."(E. Aust RM 31/80, S. 2)

Für die KPD und E. Aust , die heute offen die Revolution ablehnen ist es nur konsequent , daß es im Friedensplan keine KLASSEN ,keinen Klassenfeind, keine feindlichen Parteien, KEINEN KLAREN TRENNUNGSSTRICH zwischen Revolution und Konterrevolution mehr gibt. Es gibt nur noch "Deutsche"! Und an wen wendet sich der Plan ? An a l l e Parteien von DKP bis NPD, denn "die KPD wendet sich an a l l e west-deutschen Parteien..." !Denn wenn "Gefahr von außen" droht, gibts "nur noch Deutsche"!

Dieser CHAUVINISMUS DER KPD, die schon vor vielen Jahren (1974) unter dem Motto "Deutschland dem deutschen Volk" antrat (und sich des Beifalls all derer sicher sein konnte , die gegen die 'Überfremdung' durch 'die Ausländer' hetzten !!), durchzieht von vorne bis hinten auch den "Friedensplan der KPD". Kein Wort über die Gefahr für a n d e r e Völker durch die Kriegsmaschinerie des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus ! Und das ist kein Zufall !

Der "Friedensplan der KPD" ist ganz offen noch nichteinmal ein revolutionär-demokratischer Plan g e g e n den westdeutschen Imperialismus. Vielmehr wird klipp und klar erklärt, daß die vom USA- Imperialismus selbständige und neutrale BRD --ganz klar -- imperialistisch ist ! Na und , lieber so ein Imperialismus als so einer !!

"Natürlich ist auch eine neutrale Bundesrepublik ein imperialistischer Staat"

verkündet ohne rot zu werden E. Aust, erfahrener Drei-Welten-Politiker, und er fährt als "Realpolitiker"fort : Uns

"ist ein schwacher Imperialismus lieber als ein starker.."(RM 31/80, S. 2)

Fest steht also, daß die KPD Pläne für eine imperialistische BRD macht. Genauer betrachtet zeigt sich dann, daß es Pläne sind, die nur der STÄRKUNG des westdeutschen Imperialismus nutzen. Es entspricht ganz und gar den Plänen des westdeutschen Imperialismus, wie Stalin bereits 1952 völlig korrekt analysiert hat, sich völlig vom USA- Imperialismus freizumachen. Das hat der westdeutsche Imperialismus auch schon seit vielen Jahren schon soweit erreicht, daß er eine eigene imperialistische Großmachtspolitik betreibt ! Zunehmen wird in den letzten Jahren ganz offen gegen den USA- Imperialismus polemisiert... nicht aus "antiimperialistischen" Motiven, sondern aus rein imperialistischen , der Rivalität entspringenden Motiven ! Was soll fortschrittlich oder demokratisch sein an einer Forderung wie der sanktionierung der revanchistischen Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus :

Westberlins "Wirtschafts und Währungsbeziehungen zur BRD (Sitz diverser Behörden) bleiben erhalten."(Friedensplan , I, Westberlin, 4b)

Die von der KPD geplante "neutrale BRD"(die interessanterweise in einem Atemzug mit dem sozialistischen Albanien zum "Friedensfaktor" ernannt wird) ist in Wirklichkeit der Plan für eine starke , vom USA- Imperialismus unabhängige westdeutsche imperialistische Großmacht, die von allen wirklichen Demokraten, Revolutionären und Kommunisten nicht gefordert, sondern auf das energischste b e k ä m p f t werden muß!

TOD dem Westdeutschen Imperialismus ! Kampf bis zum Bürgerkrieg gegen die imperialistische Kriegspolitik des westdeutschen Imperialisten! D a s sind die hauptsächlichlichen Losungen der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland g e g e n solche revisionistischen "Pläne" wie den "Friedensplan der KPD" !

REDAKTION "GEGEN DIE STRÖMUNG" Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei westdeutschlands.

13.2. 1981